



Niederschrift

89. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.05.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	ab ca. 17:15 Uhr
Frau Paulsen, Bettina	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	entschuldigt
Herr Schröder, Michael	CDU	entschuldigt
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Gäste:

Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Weis, Verkehrsbetrieb Potsdam
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Frau Kofer, Bereich Beteiligungsmanagement
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.04.2008

- 2 Fördervereine in Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0275
Fraktion BürgerBündnis

- 3 Mitteilungen der Verwaltung

- 3.1 Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Akteneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung
Vorlage: 08/SVV/0221
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

- 3.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 08/SVV/0220
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 3.3 Bericht über die Entwicklung der neuen Ortsteile
Vorlage: 08/SVV/0222
Oberbürgermeister

- 3.4 Vereinbarung mit Schaustellerverband
Vorlage: 08/SVV/0480
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

- 3.5 Bericht über Bürgerbeteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 08/SVV/0435
Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

- 3.6 Rollstuhlfahrer im ÖPNV
Vorlage: 08/SVV/0165
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.04.2008

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, zum Thema „Eheschließungen“ unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ zu berichten. Herr Dr. Scharfenberg bittet um Informationen zum Stand einer Ersatzlösung für den Jugendklub Spartacus/S 13, die Neubesetzung des Fachbereichsleiters Stadterneuerung und Denkmalpflege sowie die Übernahme ehemaliger Beschäftigter des Potsdamer Tierheims. Der Oberbürgermeister sagt entsprechende Informationen im nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu, da es sich um Personalfragen und Liegenschaftsangelegenheiten handele.

Mit der vom Oberbürgermeister genannten Erweiterung wird der öffentliche Teil der Tagesordnung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 88. Sitzung vom 30. April 2008 merkt Frau B. Müller an, dass sie zum Tagesordnungspunkt 6, „Kostenloses Mittagessen für Bedürftige Schülerinnen und Schüler“, bemängelt habe, dass der Antrag der Verwaltung mit der DS 08/SVV/0432 nicht auf der Tagesordnung gestanden und sie um eine rechtliche Prüfung gebeten habe. Gleiches habe sie auch zur DS 07/SVV/1060 angemerkt. Unter Berücksichtigung dieses Hinweises wird das Protokoll mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 2 Fördervereine in Potsdam Vorlage: 08/SVV/0275

Fraktion BürgerBündnis

Frau Dr. Sommer verweist darauf, dass es bereits jetzt schon ein elektronisches Branchenverzeichnis unter www.potsdam.de gebe, in dem ein kostenloser Basis-eintrag mit Adresse, Telefon- und Fax-Nummer erfolgen könne. Darüber hinaus gebe es die Möglichkeit eines kostenpflichtigen Premiueintrags, der u.a. eine Verlinkung auf die eigene Internetseite ermögliche und im Jahr maximal 360 Euro koste, was von Vereinen jedoch eher seltener genutzt werde. Herr Schubert merkt dazu an, dass es im Antrag der Fraktion BürgerBündnis um Fördervereine gehe und fragt nach, ob diese gegebenenfalls den Premiueintrag vergünstigt nutzen können, da sie insbesondere etwas „für die Stadt tun“. Da diese Möglichkeit von Frau Dr. Sommer bestätigt wird, empfiehlt er der Antragstellerin, dies so in den Beschlusstext aufzunehmen. Daraufhin ergänzt Frau Bankwitz den vorliegenden Beschlusstext um folgenden Wortlaut:

... bzw. die Möglichkeit der vergünstigten Premiueinträge für gemeinnützige Vereine anzubieten.

Der so ergänzte Beschlusstext wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf der Internet-Seite *Potsdam.de* den

Potsdamer Fördervereinen die Möglichkeit zu geben, sich unter dieser Adresse darzustellen bzw. die Möglichkeit der vergünstigten Premiueinträge für gemeinnützige Vereine anzubieten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 1 Stimmenthaltung.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Berichterstattung über die in der Landeshauptstadt Potsdam erfolgten Akteneinsichten, Nachweisführung der AIG-Anwendung

Vorlage: 08/SVV/0221

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein. In der sich anschließenden Diskussion beantwortet Frau Dr. von Kuick-Frenz die Nachfrage von Frau Dr. Müller, auf welcher Grundlage Anträge auf Akteneinsicht zurückgenommen wurden. Sie verweist darauf, dass sich in der Regel die Fragen zwischenzeitlich geklärt hätten und da die Akteneinsicht kostenpflichtig sei, wurden von den Antragstellern die Anträge dann zurückgenommen. Herr Schüler bemängelt, dass die Anträge auf Akteneinsicht, die beim KIS gestellt wurden, nicht in die Statistik eingegangen seien und fragt nach, ob seitens des KIS weiterhin die Rechtsauffassung bestehe, dass es keine Akteneinsicht für Gutachten gebe. Die Beantwortung dieser Frage und die Anzahl der Anträge auf Akteneinsicht beim KIS werden für die nächste Sitzung des Hauptausschusses zugesagt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 08/SVV/0220

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein. Herr Schüler merkt dazu kritisch an, dass die beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB in Potsdam seiner Meinung nach zur Regel geworden seien und nicht wie im Gesetz gefordert die Ausnahme. Damit, so meine er, komme „einiges zu kurz“, wie z. B. die Umweltprüfungen und für das RAW-Gelände lagen die notwendigen Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren nicht vor. Frau Dr. von Kuick-Frenz entgegnet, dass die Stadt die vom Gesetzgeber vorgesehenen Möglichkeiten nach § 13 a BauGB natürlich nutzen wolle, aber nicht alle B-Pläne danach gefertigt werden und auch nicht gefertigt werden können. So treffe das z. B. auf das RAW-Gelände nicht zu und die geforderten Umweltprüfungen seien nachweislich durchgeführt worden. Da der Bericht sich auf bestimmte Themen beschränke, sei die „Umweltproblematik“ nicht mit aufgeführt worden.

Die Belange des Klima- und Umweltschutzes, so Herr Schüler, seien integraler Bestandteil der Bauleitplanung und über die werde in der Mitteilungsvorlage berichtet.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass er sich freue, dass dieser Bericht zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist und einen Überblick über die Planung in den einzelnen Bereichen ermögliche. Allerdings seien z. B. auf den Seiten 13 und 14 sehr weiche Formulierungen gewählt worden, wie „es ist davon auszugehen, dass ... alle beantragten Fördermittel ... kofinanziert werden können“ oder „die Vorbereitung zum Neubau ... ist vorgesehen.“, obwohl es eindeutige Beschlüsse der StVV dazu gebe. Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf die noch nicht verab-

schiedete und genehmigte Haushaltssatzung 2008; bis dahin könne die Verwaltung nur diese Formulierungen wählen. Im Weiteren beantwortet sie die Nachfrage von Herrn Cornelius zu den Folgen der Aufhebung der Sanierungssatzung und betont, dass zur Sicherung der Sanierungsziele B-Pläne für die einzelnen Bereiche festgesetzt worden seien.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.3 Bericht über die Entwicklung der neuen Ortsteile

Vorlage: 08/SVV/0222

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister informiert über die Behandlung des vorliegenden Berichts in den einzelnen Ortsbeiräten und deren unterschiedliche Bewertung. Herr Dr. Scharfenberg verweist auf die Pressemeldungen zum Pressegespräch mit den Ortsbürgermeistern, das einen Tag vor Behandlung des Berichts im Hauptausschuss erfolgte. Die Diskussion des Berichts hätte seiner Meinung nach im Hauptausschuss erfolgen und dazu hätten die Ortsbürgermeister selbstverständlich eingeladen werden müssen. Er nehme die Einschätzung zur Kenntnis; diese decke sich jedoch nicht mit seinen Informationen.

zu 3.4 Vereinbarung mit Schaustellerverband

Vorlage: 08/SVV/0480

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Dr. von Kuick-Frenz bringt die Vorlage ein. Frau B. Müller schlägt vor, dem Hauptausschuss den Entwurf des Vertrags vorzulegen und Vertreter des Schaustellerverbandes dazu einzuladen, um deren Meinung zur Vereinbarung zu hören. Der Oberbürgermeister empfiehlt, die Gespräche zwischen den Vertragspartnern, Entwicklungsträger und Schaustellerverband, abzuwarten und erst wenn es keine Übereinstimmung gibt, dem Vorschlag von Frau B. Müller zu folgen. Die Stadt habe ein Interesse daran, dass der Lustgarten so bespielt werde, dass der Entwicklungsträger Einnahmen erzielen könne. Frau B. Müller betont, dass sie nicht in die Vertragsverhandlungen eingreifen, sondern aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre „Ärger vermeiden“ wolle. Herr Schubert schlägt vor, dies von den Vertragsverhandlungen zu lösen und Vertreter der Schausteller im Herbst einzuladen, um über deren Vorstellungen zum Thema „Volksfeste“ zu sprechen. Frau Bankwitz betont, dass sie nicht losgelöst mit nur einem Vertragspartner sprechen wolle. Außerdem gehörten diese Gespräche an den Tisch des Entwicklungsträgers, denn der müsse Einnahmen erzielen. Herr Dr. Scharfenberg macht darauf aufmerksam, dass es einen Beschluss der StVV gebe, der umzusetzen sei.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die besonderen Rahmenbedingungen Berücksichtigung gefunden haben und Gespräche mit den Schaustellern geführt wurden. Man könne aber nicht davon ausgehen, dass alles kostenlos sei. Nach den Verhandlungsergebnissen könne man über weitere Wünsche der Schausteller sprechen, um den Entwicklungsträger in seiner Position nicht zu schwächen. Herr Schubert merkt abschließend an, dass es nicht um eine Sonderbehandlung der Schausteller gehe, sondern darum, den vernünftigen Umgang mit ihnen „zu hüten“ und sie nicht wie jeden beliebigen Vertragspartner zu behandeln.

zu 3.5 **Bericht über Bürgerbeteiligungsprozesse in der Landeshauptstadt Potsdam** **Vorlage: 08/SVV/0435**

Oberbürgermeister, SB Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister bringt die Vorlage ein und betont, dass dies ein Statusbericht sei, der verschiedene Facetten verdeutliche, die die Stadt unterstützen und weiterentwickeln wolle.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass es Anliegen sein müsse, gezielt bürgerschaftliches Engagement zu fördern und zu unterstützen. Der Bericht habe teilweise „Lehrbuchcharakter“ und definiere Bürgerbeteiligung. Hervorzuheben sei die Feststellung auf Seite 15, dass zeit- und raumnah Veränderungen vollzogen werden müssen, da sonst die Beteiligungsbereitschaft sinke. Deshalb sei die „Ergebnisorientiertheit“ ebenso wichtig, wie die Erhöhung der Quantität und Intensität der Beteiligungsformen. Dies könne z. B. im GB 4, wie auf Seite 17 des Berichts beschrieben, nicht gewährleistet werden, weil Kapazitäten und ein entsprechendes Budget fehlen. Er meine, das müsse man im Blick behalten und verändern. Bezüglich der Bürgerbefragungen könne er sich an keine weitere als die zum Landtagsneubau erinnern und deshalb habe seine Fraktion im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Garnisonkirche darauf aufmerksam gemacht, dass dadurch bürgerschaftliches Interesse geweckt werden könne. Im Ergebnis sei festzustellen, dass die praktischen Konsequenzen für mehr Bürgerbeteiligung ungenügend ausgebildet seien.

Anschließend beantwortet Frau E. Müller die Nachfrage von Frau B. Müller, seit wann die unter Punkt 5.5 genannte Arbeitsgruppe der Verwaltung arbeite und Ergebnisse vorliegen können dahingehend, dass SEKIZ mit der Aufgabe betraut wurde und im IV. Quartal diesen Jahres mit Ergebnissen zu rechnen sei.

Herr Schüler betont, dass er ein anderes Verständnis von Bürgerbeteiligung habe als Herr Dr. Scharfenberg und darin keinen Selbstzweck sehe. Aufgabe der Verwaltung und der Stadtverordneten sei es, die Probleme der Bürger zu lösen, und zwar ohne dass diese sich zusätzlich engagieren. Bürgerbeteiligung könne man nicht daran messen, ob sich viel oder wenig daran beteiligt haben; die Bürger haben ausreichend Möglichkeit, sich zu engagieren und sich zu artikulieren – das müsse nicht extra abgefragt werden. In diesem Zusammenhang halte er auch die Unterstützung von Bürgerinitiativen durch den Staat für falsch, weil dadurch eine Auswahl statfinde, wer unterstützt werde und wer nicht. Herr Schubert führt aus, dass Bürgerbeteiligung ein Prozess sei und wachsen müsse, wie z.B. beim Bürgerhaushalt. Man müsse dem Zeit geben und werde in einigen Jahren vielleicht eine stärkere Beteiligung verzeichnen können. Es gebe gute Beispiele, wo die Verwaltung Bürgerbeteiligung praktiziere, so beim INSEK oder beim Toleranzedikt und das könne sich im Vergleich zu anderen Kommunen sehen lassen. Frau Paulsen merkt dazu an, dass es noch eine „Weile brauchen werde, um auf den optimalen Stand“ zu kommen. Das liege u. a. auch am Engagement und der Vehemenz der Mitarbeiter der Verwaltung und daran, wie sie den Umgang miteinander und mit den Bürgern pflegen. Hier sollten die Mitarbeiter stärker für den Bürgerbeteiligungsprozess sensibilisiert werden.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass er kein Problem mit der Feststellung habe, dass noch nicht alles so optimal sei, was aber nicht der Verwaltung angelastet werden könne. Er spricht sich gegen eine Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung aus und fordert, für Spontaneität, neue Entwicklungen und zeitweilige Beteiligungen offen und flexibel zu sein. Im Weiteren sei genau zu unterscheiden, was die Verantwortung der Stadtverordnetenversammlung sei und was durch Bürgerbeteiligung geregelt werden könne. Er halte es für falsch, Bürgerbeteiligung abrechenbar zu gestalten. Außerdem sollte nicht nur Kritik geübt, sondern konkret gesagt werden, was verbessert werden soll. Die theoretische Diskussion „gehe

immer gut“; erwarten dürfen man aber auch praktische Vorschläge.

Herr Cornelius spricht sich ebenfalls dafür aus, Bürgerbeteiligung nicht in schematische Formen zu pressen; der Bürger entscheide selbst, was er möchte und mache das spontan an Themen fest. Herr Heinzl fordert, dass sich die Verwaltung dem Bürger gegenüber als Dienstleister darstelle, in einer zweiten Stufe als Partner und erst dann die Bürger einbeziehe. Der Bürger müsse Vertrauen in die Stadt haben und werde sich erst dann engagieren.

Herr Dr. Scharfenberg stellt fest, dass die Standpunkte sehr zugespitzt dargestellt werden, was dem Thema nicht angemessen sei. Die Stadtverordnetenversammlung habe einen Beschluss gefasst, Bürgerkommune werden zu wollen. Natürlich habe die StVV Aufgaben; in welchem Umfang dazu Bürger beteiligt werden sei aber genau die Frage. Die Fraktion DIE LINKE habe den Anspruch einer Rückkopplung mit den Bürgern. Als Fraktion komme man schon schwer an Informationen; wie gehe es da dem Bürger? Um einen lebendigen Kontakt mit den Bürgern zu pflegen, können man noch eine Menge machen und die Frage stellen, wie kommen wir weiter voran. Das sollte zukünftig gemeinsam diskutiert werden.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, diese Diskussion nach der Kommunalwahl fortzusetzen.

zu 3.6 Rollstuhlfahrer im ÖPNV

Vorlage: 08/SVV/0165

Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement

Herr Weis führt dazu aus, dass die Konditionen zugunsten Behinderter verändert und nunmehr Bahnen bestellt wurden, die drei statt zwei Rollstühle sicher transportieren können. Bei Bussen seien neun weitere bestellt, die für zwei Rollstühle ausgelegt seien und die sukzessive eingesetzt werden.

zu 4 Sonstiges

Standesamtliche Eheschließungen in den neuen Ortsteilen

gemäß Vorlage: 07/SVV/0793

Frau E. Müller informiert, dass entsprechend der in der Hauptausschusssitzung am 16.01.2008 gegebenen Information das Interessenbekundungsverfahren stattgefunden habe. Die im Januar dargelegten Kriterien an mögliche Orte von Eheschließungen/Begründung von Lebenspartnerschaften waren die Grundlage, auf der sich das Schloss Kartzow und das Inselhotel Hermannswerder fristgerecht bis zum 31. März beworben haben. Nach einer Begehung der Orte gemeinsam mit dem Standesamt und der Standesamtsaufsicht habe man entschieden, das Inselhotel nicht zu berücksichtigen, da es vom Charakter her ein Tagungshotel sei und damit wenig feierlich. Für das Schloss Kartzow hingegen seien die Kriterien wie Ausstattung und Würde des Ortes, der Verzicht auf die Koppelung von Eheschließungen und Nutzung des eigenen Gastronomieangebots sowie die Verfügbarkeit als Standesamt erfüllt, so dass jetzt entsprechende Vereinbarungen getroffen und eine Veröffentlichung im Amtsblatt erfolgen werde. Ein Beschluss der StVV sei nicht nötig, da es sich hier um Geschäfte der laufenden Verwaltung handele.

Ausschilderung – Bürgerbegehren

Frau Dr. Müller bittet, die Ausschilderung im Bürgerservice bezüglich des Bürgerbegehrens zu prüfen und damit das Recht auf Beteiligung daran zu gewährleisten. Mit dem jetzt vorhandenen „kleinen Zettel“ sei es für Bürger nur schwer möglich, die Räumlichkeiten für die Stimmabgabe zu finden.

Der Oberbürgermeister sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Stand Organisationsuntersuchung Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller zum Stand der o. g. Organisationsuntersuchung sagt der Oberbürgermeister einen Zwischenbericht für die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg, in wessen Verantwortung die Organisationsuntersuchung durchgeführt werde und ob es gesichert sei, dass diese nicht nach „Gutdünken“ des Geschäftsbereiches laufe. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sein Bereich bei allen Fragen einbezogen werde und die Untersuchung unter seiner Aufsicht erfolge.

Beschluss 08/SVV/0233 – Begleitung Verkehrsumbau

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den o.g. Beschluss aus der letzten Sitzung der StVV, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wurde, „im Zusammenhang mit den bevorstehenden Arbeiten zur Umsetzung der neuen Verkehrslösung in der Potsdamer Mitte dafür Sorge zu tragen, dass die Einschränkungen für die Verkehrsteilnehmer auf das zwingend notwendige Maß begrenzt werden“ und mit Beginn der Baumaßnahmen entsprechende Schritte einzuleiten und fragt, was bisher unternommen wurde.

Frau Dr. von Kuick-Frenz führt aus, dass der Beschluss am 09. Mai „in die Arbeitsgruppe gegangen sei“ und sie über Maßnahmen der Umsetzung in der Hauptausschusssitzung am 28. Mai informieren werde.

Luftschiffhafen – DS 07/SVV/1060

Hierzu, so Herr Dr. Scharfenberg, habe es einen Änderungsvorschlag der Verwaltung gegeben und am heutigen Tag habe die Fraktion DIE LINKE einen Ergänzungsantrag eingereicht. Er fragt, in welcher Form eine nochmalige Verständigung mit den Fraktionen zu diesem Thema erfolgen werde. Nachdem der Oberbürgermeister darauf verwiesen hat, dass er für Gespräche bereit stehe, es bisher jedoch keine diesbezüglichen Nachfragen gegeben habe, schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, die Fraktionen nochmals einzuladen und sich mit ihnen zu verständigen. Auch von anderen Fraktionen könne es noch Änderungsvorschläge geben und das sollte insgesamt besprochen werden. Herr Schubert erinnert an die Hinweise aus der letzten Sitzung des Ältestenrates, diesen Antrag im Zusammenhang mit dem Haushalt zu beraten; Wünsche für weitere Gespräche wurden von den Fraktionen nicht geäußert.